

Aus für Sozialticket

Erprobungsphase für die von der Stadt bezuschusste Bus- und Stadtbahnfahrkarten geht zum Juli 2018 zu Ende

Von unserer Redakteurin
Iris Baars-Werner

HEILBRONN Es ist eine von der Stadt bezuschusste Fahrkarte für sozial schwache Menschen, aber sie heißt nicht Sozialticket, sondern Mobilitätsticket. In Anspruch nehmen können dieses Ticket seit 2015 in Heilbronn wohnende Personen, die entweder Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter erhalten, zudem Schwerbehinderte, Asylbewerber und Flüchtlinge.

Jetzt ist damit Schluss: Die Mehrheit im 40-köpfigen Gemeinderat hat gestern dem Antrag der Verwaltung zugestimmt, die Erprobungsphase zu beenden – und das Sozialticket zum 30. Juni 2018 zu begraben. 17 Stadträte von SPD, Grünen, Freien Wählern, Pro und Bunter Liste votierten gegen die Abschaffung.

Wer berechtigt ist, das Mobilitätsticket zu erhalten, der muss sich selbst mit monatlich 20 Euro an den Kosten dieser Fahrkarte des HNV-Tarifverbundes beteiligen. Aus der Stadtkasse werden für jede dieser Monatskarten 27,40 Euro beige-steuert. 2016 summierte sich dieser Zuschuss auf 224 500 Euro, im Jahr 2017 kam die Ausgabensumme von 330 000 Euro zusammen.

In dem ausgewerteten Zeitraum zwischen Juli 2016 bis Juni 2017 haben 1076 Bezieher von Sozialleistungen insgesamt 8645 Tickets genutzt, 3301 Tickets gingen an Personen im Asylbereich.

Begründung „Auch ohne das Mobilitätsticket ist gewährleistet, dass die Berechtigten die Kosten für die notwendigen Fahrten erstattet bekommen“, argumentierte Sozialbür-



20 Euro müssen sozial schwache Heilbronner beim Mobilitätsticket aufbringen, die Stadt schießt 27,40 Euro zu. Diese Unterstützung wird abgeschafft. Foto: Archiv/Mugler

germeisterin Agnes Christner (SPD): In einem umfangreichen Papier hatte die Verwaltung aufgelistet, aus welchen anderen staatlichen Geldtöpfen der Personenkreis Fahrtkosten ersetzt bekomme. Etwa für Vorstellungsgespräche bei

einem Arbeitgeber, für Sprach- und Integrationskurse oder für Fahrten zu Qualifizierungsmaßnahmen.

Zudem seien in den Monatssätzen für Unterstützungsleistungen des Staates Ausgaben für die Mobilität eingerechnet: bei der Sozialhilfe-

Regelleistung für Einzelpersonen von 416 Euro seit Jahresbeginn 34,66 Euro, „neun Euro mehr als im letzten Jahr“, so Agnes Christner.

Oberbürgermeister Harry Mer gel (SPD) begründete die Haltung der Verwaltung auch damit, dass die Stadt Heilbronn nicht gewillt sei, durch den städtischen Zuschuss „andere staatliche Ebenen aus ihrer Verantwortung zu entlassen“. Man habe festgestellt, dass Berechtigte sich das weniger bürokratisch zu erreichende Mobilitätsticket besorgt hätten, anstatt ihre Forderungen auf Kostenerstattung etwa beim Jobcenter oder anderen Bundesbehörden geltend zu machen, erklärte Sozialamtsleiter Achim Bocher.

Der Gemeinderat lieferte sich mit der Verwaltung eine emotionale Debatte, über die wir in der Samstagausgabe berichten.